

Antrag
der Fraktion der SPD

Einsetzung einer Enquete-Kommission
„Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000“

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

1. Zur Vorbereitung bildungs-, gesellschafts-, wissenschafts-, arbeitsmarkt- und finanzpolitischer Entscheidungen des Deutschen Bundestages wird eine Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000“ gemäß § 56 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eingesetzt.
2. Die Kommission setzt sich aus neun Abgeordneten des Deutschen Bundestages zusammen. Das Benennungsrecht der Fraktionen richtet sich nach dem Verhältnis 4 : 3 : 1 : 1. Weitere Mitglieder der Kommission sind acht nicht dem Deutschen Bundestag, der Bundesregierung oder einer Landesregierung angehörende Sachverständige.
3. In Wahrnehmung der gesamtstaatlichen Verantwortung für die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland soll die Kommission auch auf den Sachverstand der Länder zurückgreifen.
4. Die Kommission hat über das Ergebnis ihrer Arbeiten bis spätestens 30. Juni 1989 einen Bericht vorzulegen.

II.

Bildung, Berufsausbildung, Hochschule und Weiterbildung sind von zentraler Bedeutung für die Lebens- und Berufschancen des einzelnen wie für die Stabilität und Vitalität der Gesellschaft insgesamt. Die Erwartungen an Bildung und berufliche Qualifikation sind, sowohl auf seiten der Eltern, der Jugendlichen und der Arbeitnehmerschaft als auch auf seiten der Wirtschaft und der Hochschulen, außerordentlich hoch. Ebenso groß aber sind die Zweifel, ob die gegenwärtigen Bildungsziele, Bildungsinhalte und die Strukturen ihrer Vermittlung ausreichen, um den Erfordernissen gerecht zu werden, die sich an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend stellen. Diese Zweifel sind auch begründet in häufig anzutreffender Unzufriedenheit mit dem Alltag in Schulen und Hochschulen.

Der rasche wirtschaftliche Strukturwandel und der technische Innovationsprozeß bringen tiefgreifende Veränderungen der Arbeitswelt und der Anforderungen am Arbeitsplatz mit sich. Die Entwicklung zur Dienstleistungs- und zur Informationsgesellschaft bedeutet eine wachsende Abhängigkeit der Wirtschaft vom „Produktionsfaktor persönliche Qualifikation“. Eine moderne Volkswirtschaft ist auf den mitdenkenden, mitgestaltenden und zur Übernahme von Verantwortung bereiten Arbeitnehmer genauso angewiesen wie auf ein kreatives und innovationsfreudiges Management. Dies verlangt von allen neue, anspruchsvolle Kenntnisse, Fertigkeiten und soziale Fähigkeiten.

Das explosionsartig zunehmende Medienangebot, das steigende Maß an frei verfügbarer Zeit außerhalb der organisierten Arbeitswelt, veränderte Lebenseinstellungen und Werthaltungen und die zunehmende Beteiligung an Entscheidungsprozessen in der Gesellschaft sind Entwicklungen, denen das Bildungswesen ebenfalls gerecht werden muß, wenn es zu selbständiger Lebensgestaltung, zu persönlicher Orientierungsfähigkeit und zu solidarischem Miteinander befähigen soll.

Die Einsicht nimmt zu, daß Anstrengungen für die Verbesserung von Bildung und Ausbildung Zukunftsinvestitionen darstellen, ohne die der einzelne Bürger oder die einzelne Bürgerin, die Betriebe und der Staat insgesamt den künftigen Anforderungen nicht gerecht werden können.

III.

Die Enquete-Kommission soll die langfristig wirksamen gesellschaftlichen Faktoren untersuchen, denen eine vorausschauende Bildungspolitik und alle im Bildungswesen Tätigen Rechnung tragen müssen. Sie hat die Aufgabe zu klären, welche Veränderungen in Bildungspolitik und Bildungspraxis notwendig sind, damit sich junge wie erwachsene Menschen durch eine zukunfts-trächtige Erstausbildung und Weiterbildung auf neue Herausforderungen in Beruf, Familie und Gesellschaft vorbereiten können.

Die Kommission soll darüber hinaus Vorschläge machen, welche neuen Lernanforderungen sich für das Bildungssystem ergeben: aus der ökologischen Krise, den technologischen Umwälzungen der Industriegesellschaft, den zunehmenden internationalen Verflechtungen, den tiefgreifenden Strukturveränderungen und dem damit verbundenen Wertewandel, wie er sich beispielsweise im gewandelten Sinnverständnis der Arbeit und der Forderung nach stärkerer Emanzipation in allen Lebensbereichen zeigt.

Auch soll die Kommission Möglichkeiten aufzeigen, wie die Bildungspolitik, aber auch andere relevante Politikfelder, wie die Arbeitsmarkt-, die Technologie-, die Wirtschafts- und die Finanzpolitik, besser auf die vor uns liegenden Herausforderungen antworten können und welcher Personalbedarf besteht.

Die Kommission soll insbesondere die folgenden Fragestellungen untersuchen:

1. Ist eine Neudefinition der unabdingbaren Grundlagen einer modern verstandenen Allgemeinbildung notwendig, die heute

- jeder Mensch benötigt und, wie kann erreicht werden, daß diese Grundlagen möglichst allen vermittelt werden?
2. Welchen Beitrag müssen dazu allgemeine und berufsbezogene Inhalte leisten, und welche Bedeutung kommt dem sozialen Lernen und der musisch-kreativen Bildung zu, um die volle Entfaltung der Persönlichkeit in Familie und Beruf, kulturellem Leben und Gesellschaft zu ermöglichen?
 3. Welche Grundkenntnisse, Fähigkeiten und sozialen Haltungen müssen in Schule, Berufsausbildung und Hochschule vermittelt werden, wenn der einzelne im raschen Prozeß wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen aktiv bestehen können soll? Wie können insbesondere Flexibilität und Innovationsfähigkeit besser gefördert werden, um durch erhöhte berufliche Anpassungsfähigkeit das Beschäftigungsrisiko zu vermindern?
 4. Welche Konsequenzen müssen gezogen werden, um das Prinzip des lebenslangen Lernens zu realisieren; ergeben sich daraus Folgerungen für eine neue Verteilung von Bildungszeiten über das gesamte Leben?
 5. Wenn der Weiterbildung künftig eine herausragende Rolle als Zukunftsinvestition zukommt: Welche Folgerungen sind daraus für deren Organisation und Finanzierung zu ziehen; welche Rolle kommt dabei den staatlichen Bildungseinrichtungen, den Betrieben, den Tarifparteien und dem einzelnen zu?

Als Grundlage ihrer Arbeit soll die Kommission

- aufzeigen, wie sich das Bildungssystem und die Bildungsbeteiligung entwickelt haben, und welche Schichten und Gruppen aus welchen Gründen im Bildungssystem noch immer benachteiligt sind;
- untersuchen, wie sich der Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem entwickelt und aufzeigen, wie das Risiko des Übergangs gemindert werden kann;
- darlegen, welche Folgen für das Bildungssystem die zunehmende Abkoppelung der Beschäftigung von der Ausbildung hat, welche Bildungskonsequenzen sich aus der Gefährdung durch Arbeitslosigkeit ziehen lassen und Überlegungen anstellen, wie sich in dieser Situation der Berufsbezug der Ausbildung entwickeln soll;
- feststellen, welche beruflichen Chancen Mädchen und junge Frauen haben, deren hohe Berufs- und Bildungsmotivation auf die gegenläufigen Entwicklungstendenzen des Arbeitsmarktes treffen;
- aufzeigen, welche Folgen die Veränderungen menschlicher Kommunikation insbesondere durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und die damit verbundenen Arbeitsformen für das Bildungssystem haben;
- Überlegungen anstellen, welche Angebote das Bildungssystem angesichts der zunehmenden Freizeit und des auch daraus ver-

änderten Rollenverhaltens in der Familie machen sollte und wie Menschen darauf vorbereitet werden können.

Bonn, den 17. August 1987

Dr. Vogel und Fraktion